

**Mit Solidarität und  
Standhaftigkeit:  
Gemeinsam verändern  
wir das Land!** Unsere Schwerpunkte für  
die Landtagswahl 2019

## LINKE beschließt Schwerpunkte zur Landtagswahl

Auf ihrem Landesparteitag in Radebeul hat DIE LINKE. Sachsen ihre Schwerpunkte für die Landtagswahl beschlossen. In dem Beschluss bestätigte die Partei die Themen, die die Mitgliedschaft in einer Befragung vorgeschlagen hatte.

Der Landesparteitag von DIE LINKE. Sachsen hat die Schwerpunkte der Partei für die Landtagswahlen 2019 beschlossen. Die vom Vorstand eingereichten Vorschläge wurden zuvor erstmals in einer landesweiten Befragung aller Mitglieder ermittelt.

Bei den beschlossenen Schwerpunkten setzt DIE LINKE auf soziale Themen, eine Bildung ohne Barrieren, den Schutz der Umwelt und einen konsequenten Kampf gegen Menschenverachtung.

Den beschlossenen Antrag finden Sie auf unserer Website: <http://gleft.de/2AZ>

Antje Feiks, Landesvorsitzende von DIE LINKE. Sachsen, brachte den Vorschlag ein. In ihrer Rede betonte Feiks:

„Die gewählten Schwerpunkte zeigen, dass wir nicht auf der Seite der Wenigen stehen, sondern wir setzen uns für die Vielen ein. Wir spielen weder Arme noch die kleinen Leute gegeneinander aus. Für uns gilt, wer es schwer hat, verdient Unterstützung. Wer es schwer hat, verdient Solidarität und nicht Hass.“ DIE LINKE habe die Aufgabe, sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft einzusetzen. „Zusammenhalt aber kommt nicht von allein. Was Zusammenhalt schafft und Spaltung bekämpft ist eine altherwürdige Idee: Die Solidarität.“ „Menschen sind nicht allein für „den Staat“ oder die Konzerne da, um Profite einzufahren, sondern sie haben zu allererst auch ein Recht auf Sicherheit, auf Geborgenheit, auf Unterstützung, wenn die Sonne mal nicht scheint, wenn nicht alles rosig läuft.“, so Feiks weiter. Mit Blick auf die Wahlen sagte Feiks: „Wir wollen kämpferisch und mutig in den Wahlkampf gehen, mindestens um Platz 2 kämpfen.“ Im weiteren Verlauf des Parteitages wird die Partei über ein Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen befinden, mit dem die Partei bezahlbares Wohnen für alle sichern will.~

## LINKE NOMINIERT KANDIDATEN ZUR OBERBÜRGERMEISTERWAHL IN OELSNITZ

Am 6. Dezember nominierte der Oelsnitzer Ortsverband der LINKEN seinen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl im nächsten Jahr. Die Wahlversammlung stimmte dabei mit 83,3 % für Robert Reißner einem 35-jährigen Diplom-Betriebswirt aus Plauen. Er ist damit der zweite Kandidat der neben dem Amtsinhaber in der Großen Kreisstadt ins Rennen um das Bürgermeisteramt geht.

Robert Reißner, der neues Flair in die Sperkenstadt bringen will, erklärt: „Sollte sich die Wählerschaft im März für einen Neustart mit mir entscheiden, werde ich die Bürgerinnen und Bürger zuerst einmal über die momentane Situation informieren – klare Zahlen, wo stehen wir, was ist geplant. Dann können wir eine Strategie entwickeln, die ein zukunftsorientiertes Umfeld für Familien und Ältere schafft, sowie Industrie und Tourismus ankurbelt.“

Mein Ansatz ist frühzeitige und immer aktuelle Kommunikation bzgl. aller Vorhaben der Stadt, auch bei kritischen Themen.

Da ich nur wenige Minuten von Oelsnitz entfernt wohne, kenne ich die Probleme und Wünsche der Sperken. Die kommenden Monate möchte ich nutzen, um ins Gespräch mit den Bürgern zu kommen.“ sagt Robert Reißner, der momentan in Plauen lebt.

Lars Legath, LINKEN-Ortsvorsitzender in Oelsnitz ergänzt: „Wir freuen uns, dass wir mit Robert Reißner einen parteilosen Kandidaten gewinnen konnten, der mit uns gemeinsam für einen Wechsel im Oberbürgermeisteramt kämpfen wird. Mit seinen Erfahrungen in internationalen Unternehmen und seinem Wissensdurst ist er der perfekte Kandidat für einen Perspektivwechsel im Rathaus. Robert wird einen anderen Stil und neue Ideen einbringen

können. Er ist der frische Wind, den Oelsnitz brauchen wird, um nicht auf dem jetzigen Stand stehen zu bleiben.“



Robert Reißner, Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl in Oelsnitz/Vogtl.

## DIE LINKE TREUEN-LENGENFELD HAT GEWÄHLT

Der Ortsverband der LINKEN hat im Dezember turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde Peter Jattke. Neu im Vorstand und als Stellvertreter wurde Christian Jacob aus Lengendorf gewählt. Ebenfalls neu im Vorstand ist Gerd Wandtke aus Treuen. Komplettiert wird der Vorstand durch Maria Reinhart aus Weißensand sowie Renate Jattke und Maria Jeschke aus Treuen. Gedankt wurde den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Sandra Steiner aus Herlasgrün und Hermann Seidel aus Irfersgrün, die aus Arbeits- und Studiengründen nicht mehr kandidierten aber weiterhin aktiv für DIE LINKE wirken (z.B. im Kreistag). Zum Ortsverband der LINKEN Treuen-Lengendorf gehören z. Z. 29 Mitglieder. In den letzten 2 Jahren gab es 4 Neueintritte.

Im Rechenschaftsbericht wurde u.a. den vielen Mitgliedern und auch Sympathisanten gedankt, die regelmäßig die Zeitungen verteilen. So kommen

immer 100 Vogtlandboten und Clara sowie 150 Klar in die Briefkästen. Über 6.500 Wahlzeitungen wurden zur Bundestagswahl ausgeteilt. Für die von unserem Ortsverband ausgehende Petition zur Änderung der Müllsatzung sowie zuletzt für den Volksantrag zum „längeren gemeinsamen Lernen in Sachsen“ führten wir Informationsveranstaltungen und Infostände durch. Als großen Erfolg konnte auch die Ausführung des Dokumentarfilmes „Der marktgerechte Mensch“ gewürdigt werden. Überhaupt kam mehrfach zum Ausdruck, dass das öffentliche Ansehen unserer Partei durch Aktionen, aber auch vom Wirken unserer Abgeordneten als Kontrolleur der Verwaltung bestimmt wird. So wurde unseren Vertretern in den Stadträten Treuen und Lengendorf sowie im Ortschaftsrat Weißensand für Ihre Initiativen u.a. gegen das TTIP-Abkommen und gegen den Einsatz von Glyphosat sowie in der Betreuung von Asylbewerbern gedankt.

Die Anwesenden Mitglieder und Sympathisanten der öffentlichen Versammlung stimmten sich u.a. auch über Inhalte der künftigen Wahlprogramme für die Kommunalwahl im Mai 2019 ab. Dabei wollen sie sich für eine bedeutend bessere Einbeziehung der Einwohner in Entscheidungen der örtlichen Räte und Verwaltungen einsetzen. Endlich muss die Verwaltung ihre Informationspolitik bürgerfreundlich gestalten. Vorlagen gehören ins Internet und beratende Bürger in die Ausschüsse. Einwohnerversammlungen und Bildung eines Sozialausschusses im Stadtrat Treuen, die Verbesserung der materiellen Situation für Jugend und Sport in Lengendorf, Fuß- und Radwege zu den Gewerbegebieten und zu den Dörfern stehen ebenso auf den Vorhaben wie die Senkung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung, Mittagessen und Fahrtkosten.

Peter Jattke

## MEHR PERSONAL FÜR DEN FAMILIENBEREICH

Der Haushaltsplanentwurf des Kreises sieht eine neue Stelle im Bereich „Planung Straßenbau“ sowie zwei neue Stellen im Bereich „Büro Landrat (Medien / Presse)“ vor. Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Vogtlandkreis wird dazu einen Änderungsantrag in die Haushaltsdebatte einbringen.

Dazu erklärt Landtagsabgeordnete und Kreisrätin Janina Pfau: „Es ist sehr erfreulich, dass viele Straßen im Vogtlandkreis erneuert werden sollen. Jedoch erscheinen uns als Fraktion diese Planungen zu ambitioniert für die kommenden zwei Jahre. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass oftmals schon die Angebote der Baufirmen die Planungshöhen des Landkreises weit überschreiten und damit Mittel für andere Baumaßnahmen fehlen. Hinzu kommen fehlende Kapazitäten bei den Bauunternehmen.“

Die Aufplanung von zwei weiteren Stellen im Bereich des Büro Landrat sehen wir sehr kritisch. Dem Landrat steht neben dem Pressesprecher auch sein persönlicher Referent zur Verfügung.

Zusätzlich werden doch immer mehr Beratungen und Beschlüsse in geschlossenen Sitzungen behandelt und benötigen keine Presseveröffentlichung. Es ist nicht erkennbar, dass der Aufwand in diesem Bereich in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Oder sollen hier etwa Stellen für Günstlinge des Landrates geschaffen werden? Wir sehen, dass diese Stellen in anderen Bereichen der Verwaltung dringender benötigt werden, zum Beispiel im Bereich der „Hilfen zur Erziehung“ und der Bearbeitung der Anträge für den Unterhaltsvorschuss.“

Die LINKEN Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann hatte die Unterbesetzung des Bereiches „Hilfen zur Erziehung“ ans Licht gebracht. Sie ergänzt Janina Pfau's Ausführungen wie folgt: „Die Situation für Alleinerziehende im Vogtlandkreis ist beim Unterhaltsvorschuss untragbar. Das habe ich bereits im August kritisiert. Darauf erwiderte mir Landrat Keil in einem wütenden Brief, er könne neue Stellen im Bereich Unterhaltsvorschuss nicht zeitnah schaffen und besetzen. Doch im Landratsbüro ist das offenbar möglich, ebenso im Bereich der

Straßenplanung. Der Landrat setzt falsche Prioritäten. Im Sommer hat er selbst eingeräumt, dass beim Unterhaltsvorschuss die Fallzahlen um 120 Prozent gestiegen sind. Doch das zusätzliche Personal ist immer noch nicht in vergleichbarem Umfang aufgestockt worden. Den Preis dafür bezahlen die alleinerziehenden Mütter und Väter, die wochenlang auf die Entscheidung über ihre Anträge warten müssen – obwohl der ganz überwiegende Teil von ihnen einen Anspruch auf die Leistung hat.

Bei aller Kritik an den Rahmenbedingungen, die die Bundesregierung geschaffen hat, trägt die Kreisebene dafür eine klare Mitverantwortung. Deshalb unterstütze ich den Antrag der LINKEN Kreistagsfraktion.“~



**Für eure Artikel!**

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de)



## LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN AUCH IN SACHSEN!

Volksantrag mit viel Licht, aber auch Schatten, Ortsverband Treuen-Lengenfeld mit bisher 769 Unterstützern!

Zunächst: Die gegenwärtig gültige Verfassung für den Freistaat Sachsen erschwert die Durchsetzung von direkter Demokratie! Sollte die Absicht der Gesetzesmacher darin bestehen, dass sich jede Initiative in Sachsen reiflich überlegen soll, eine Gesetzesinitiative über den Weg Volksantrag – Volksentscheid überhaupt zu starten?

Das Bündnis „Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen“ – zu dem bekanntlich offiziell 19 Parteien und Organisationen gehören, was aber auch von weiteren Interessenvertretern unterstützt wird, hat dankenswerterweise trotzdem diesen Weg begonnen. Auch wir im Ortsverband Treuen-Lengenfeld haben dieses soziale und humanistische Anliegen als vordringliche gesellschaftliche Aufgabe gesehen und nach besten Möglichkeiten unterstützt. So konnten wir bis Weihnachten aus den Bereichen der Einwohnermeldeämter Lengelfeld und Treuen 769 bestätigte Unterschriften weiterleiten oder zuletzt direkt nach Dresden schicken. Bekanntlich bearbeiten unsere Meldeämter ja auch die Angaben von Einwohnern der angeschlossenen Dörfer und der Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft mit Neuensalz. So hat das Amt Lengelfeld bisher 389 und das Amt Treuen 380 Unterstützerunterschriften als gültig anerkannt. Wir danken den Angestellten der Stadtverwaltungen Treuen und Lengelfeld, da diese Arbeit auch mit viel Zeitaufwand verbunden ist. Unser großer Dank und unsere Anerkennung richten sich aber auch an alle fleißigen Sammler. Neben unzähligen, mit viel individuellem Zeitaufwand verbundenen, „Haustürbesuchen“, haben aber auch die 7 Infostände – darunter 6 in Treuen zu diesem Ergebnis beigetragen. Insgesamt waren aus unserem Ortsverband mindestens 10 Mitglieder als „Informanten und Sammler“, darunter vier Abgeordnete abwechselnd an den Ständen. Unterstützt wurden wir dabei auch von der Koordinatorin des Bündnisses, Genn. Andrea Roth und von der Kreisvorsitzenden der GEW (Bündnismitglied) Sabine Seidel. Es kann wohl vermutet werden, dass wir dabei mit über 1000

Menschen im Gespräch waren, von denen ca. 90% der Meinung waren – das ist gut, dass Ihr Euch dafür einsetzt, ich bin dabei! So haben wir ja auch Unterschriften aus anderen Meldeamtsbereichen erhalten und diese dann den zuständigen Ortsverbänden weitergeleitet, so wie wir auch von dort Listen erhielten. Aber dieses „Wechselspiel“ klappte eben nicht überall und nicht immer.

Wer sich also mit wirklichem „Herzblut“ für den Erfolg des Volksantrages einsetzt, dem wird eben sein Herz bluten – wenn wir an die überaus hohe Zahl der Unterstützer denken, deren Unterschrift nicht als gültige Unterschrift für den Volksantrag gewertet werden konnte, weil das Verfahren so kompliziert ist (siehe oben!). Diese Menschen sind doch, berechtigterweise der Meinung, ihren Beitrag für ein besseres sächsisches Bildungsgesetz geleistet zu haben. Nur – oft auf einer „falschen“ Liste! Und hieraus gilt es Lehren zu ziehen.

In der festen Zuversicht, dass trotz aller Widrigkeiten das erste Ziel der Volksinitiative – 40.000 gültige Unterschriften für den Volksantrag, geschafft wird und aus der Hoffnung, dass das Bündnis bei Ablehnung des Volksantrages im Landtag dann die zweite Stufe, die Volksbefragung startet, meine Vorschläge:

1. Die neue Initiative im Frühjahr starten, damit für Infostände angenehmere Temperaturen und mehr Tageslicht vorhanden sind.

2. Eine breitere Information der Bevölkerung durch geeignete Flyer für Hausbriefkästen und umfangreiche Nutzung der sozialen Medien sowie der eigenen Internetpräsenz einschl. Links auf der Homepage der Kreisverbände aller Bündnispartner. (Tageszeitung-Abos werden immer weniger!) Plakatwerbung verbessern.

3. Verdopplung der Zahl der möglichen Unterstützer pro Liste bei mehr Platz für die geforderten Angaben (Wohnanschrift oft länger durch Eingemeindungen)- stärkeren Eindruck: Anschrift laut Personaldokument!

4. Bessere Unterweisung aller eingesetzten Helfer hinsichtlich der getrennten Sammlung pro Einwohnermeldebereich.

*Peter Jattke*



## JUGEND FÖRDERN UND KOMMUNEN ENTLASTEN

Es wurde schon oft darauf hingewiesen, dass die Jugendarbeit vom Landkreis nicht ausreichend finanziell ausgestattet wird und dass die Praxis, zwingend Eigenanteile von den Kommunen zu verlangen, nicht gesetzeskonform ist. Da der Landkreis auch im aktuellen Haushaltsentwurf von dieser Regelung nicht abweicht, hat DIE LINKE im Kreistag einen Antrag gestellt, dass der Landkreis die Mittel für die Jugendarbeit ab 2019 gesetzeskonform ausgestaltet.

Dazu Janina Pfau, Jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag und Kreisrätin: „Dass die Landkreisverwaltung bisher deutlich zu wenig Mittel für Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stellt, wurde spätestens letztes Jahr mit den Protesten der freien Träger der Jugendhilfe deutlich. In einigen Orten sind Angebote gestrichen wurden, weil Kommunen, welche selber unter dem Druck der Haushaltskonsolidierung standen, die hohen Eigenanteile nicht aufbringen konnten. Zusätzlich wurden viele Stun-

den der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestrichen. Der Landkreis hat über Jahre gesetzeswidrig die Anteile der Kommunen als seine eigenen Mittel verrechnet und somit die freien Träger und die Kommunen an den Rand der Belastbarkeit gebracht. Die weißen Flecken in der Jugendarbeit sind in den letzten Jahren nicht zuletzt durch diese „Förderpolitik“ immer größer geworden. Seinen traurigen Höhepunkt erreichte diese Praxis im letzten Jahr, als nicht nur die Träger ihre eigenen Mittel kürzen, sondern auch noch die Gemeinden weiteres Geld für die Jugendarbeit aufbringen mussten. Die Landesregierung sieht zwar in ihrer Richtlinie eine freiwillige Beteiligung der Kommunen vor, formuliert dies aber bewusst als Kann-Bestimmung. Neben den zähen Verhandlungen mit dem Landkreis mussten die Träger also zusätzlich noch in den Kommunen betteln gehen, was wiederum Zeit bedeutet, welche eigentlich für die vogtländischen Kinder und Jugendlichen zur Verfügung stehen sollte.“

Stadtrat Lars Legath ergänzt: „Bisher haben die Kommunen 987000 Euro an Eigenmitteln an den Landkreis zahlen müssen. Auch die Stadt Plauen hat hier einen großen Anteil geleistet. Dass diese Praxis unrechtmäßig war hat nun auch die Landesdirektion, in Dresden bestätigt. Mit unserem Antrag wollen wir zum Einen diesen rechtlichen Mangel abstellen und zum Anderen einen Wechsel in der Förderpolitik des Landkreises erreichen. In Zukunft wird es also weniger um die Frage gehen, wie viele Angebote der Jugendarbeit sich eine Kommune leisten will, sondern welche Qualität sie anbietet. Viele Träger kommen mit der Last der Verwaltungsaufgaben und der Fördermittelbeantragung an die Grenzen des Leistbaren. Das geht zu Lasten der Jugendlichen, da somit auf kurz oder lang keine sachgemäße Betreuung mehr möglich ist, von einer Weiterentwicklung der Jugendarbeit ganz zu schweigen. Jugendarbeit muss wieder für alle Jugendlichen zugänglich sein, so wie es im achten Sozialgesetzbuch verankert ist.“ ~

**immer einen Besuch wert:**

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)

## SENIORENARBEIT IN PLAUEN

Zum Ende des Jahres 2018 trafen sich die Senioren der LINKEN und einige ältere Sympathisanten am 28. November in einer Begegnungsstätte der Volkssolidarität Plauen. Ziel war, die Seniorenarbeit zu würdigen, auf das zurückliegende Jahr zu blicken und über Kommendes zu sprechen.

Organisiert hatte dieses Zusammentreffen der Genosse Heinz Discher im Auftrag der AG Senioren. Ihm liegt es nach wie vor am Herzen, daß auch den älteren Menschen mit ihrer Stimme Gehör in der Gesellschaft und vor allem in der Partei geschenkt wird. Der Einladung waren zwanzig Männer und Frauen gefolgt, die mit ihrer Teilnahme die jahrelange Verbundenheit in diesem Kreis unter Beweis stellten.

Bei Kaffee und Stollen entwickelten sich gute Gespräche mit recht sachli-

chen Ansätzen für die weitere parteiliche Arbeit. Eine solche Atmosphäre des parteiinternen Zusammenwirkens wäre künftig auch Veranstaltungen in ausgedehnterem Rahmen zu wünschen.

Zu Beginn erinnerte Heinz Discher an die Anfänge der Seniorenarbeit in diesem Stadtverband. Er würdigte insbesondere die aktive Mitarbeit solcher aktiven Genossinnen und Genossen wie Erna Walter, Willy Unger, Harald Gruner, Walter Bille, Renate Mehlhorn, Christa Woscidlo, Michaele Wohlrab, Katharina Pfeffer, Ruth Stephan, Wilfried Burkhardt, Dieter Kundler, Gerd Elschner.

Sie haben die Grundlagen dafür geschaffen, daß die Seniorengruppe auch heute noch eine bedeutende Rolle bei der ideologischen Bildung innerhalb

der Partei spielen kann. Und genau darum drehten sich in der Folge mehrheitlich die Gesprächsthemen. Nicht unerwähnt soll auch bleiben, daß sich die Mehrheit der Anwesenden mit dem Verlauf und den Ergebnissen der letzten Parteiveranstaltungen im Kreis- und Stadtverband nicht in vollem Umfang identifizieren konnten. Ein größerer innerer Zusammenhalt – insbesondere beim Zusammenwirken der jüngeren und älteren Generationen – wurde angemahnt. Im kommenden Wahljahr werden alle Kräfte mobilisiert werden müssen!

Zum Schluß sei noch Dank gesagt an die Genossinnen und Genossen, die durch ihren finanziellen Beitrag eine solche Veranstaltung ermöglichten.

*Volker Freitag*

## IN DEUTSCHLAND HERRSCHT KLASSENKAMPF, leider hauptsächlich von oben!

Bernd Riexinger eröffnet mit seinem Buch "Neue Klassenpolitik - Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen" (siehe Vogtlandbote vom Dezember 2018) hoffentlich in der LINKEN eine Debatte, die in der Politikwissenschaft schon seit einigen Jahren geführt wird. Klaus Dörre, Professor für Soziologie an der Universität in Jena und Initiator des "Projektes Klassenanalyse Jena (PKJ)", meint sogar, dass Klassentheorie und Klassenpolitik "mit Wucht in den öffentlichen Diskurs zurückgekehrt seien, nachdem sie viele Jahre kaum beachtet wurden" (Neun Thesen aus dem PKJ, in: ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG, Nr. 116, S. 40).

Gesellschaftliche Strukturen und sozialer Wandel lassen sich generell mit Hilfe unterschiedlicher Begriffe, Kategorien und Theorien beschreiben. Dementsprechend gibt es auch in der LINKEN gegenwärtig unterschiedliche Termini und Lehren zur Darstellung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und ihrer Beziehungen und Bewegungen, häufig wird mit den Begriffen Milieu und Schicht gearbeitet, und Klassen werden derzeit bevorzugt als kulturell determiniert debattiert.

Klaus Dörre sieht aber folgendes Paradoxon: Einerseits wachsen klassenspezifische Ungleichheiten, es findet ein Umbau der Klassengesellschaft im Interesse des Kapitals statt, die Lohnquote sinkt seit den 1980er Jahren kontinuierlich. "Es herrscht Klassenkampf, und meine Klasse gewinnt", so das Bekenntnis des US-amerikanischen Multimilliardärs und Großinvestors Warren Buffett (zitiert bei "Marx-Engels-Stiftung, Projekt Klassenanalyse", S.1). Andererseits sind Organisationen und Parteien der Arbeiterbewegung historisch schwach. Deshalb fordert Klaus Dörre die Wie-

derbelebung herrschaftskritischer Klassentheorien: Im Unterschied zu den Schichtungsmodellen verdeutlichen Klassentheorien kausale Zusammenhänge und Abhängigkeiten, z.B. das "Glück der Starken" resultiert aus der "Not der Schwachen". Mit Hilfe der (ökonomischen) Klassentheorie lassen sich deshalb gegenwärtige gesellschaftliche und politische Verhältnisse in ihrer Problematik, Widersprüchlichkeit und Dynamik sowie vor allem in ihrer Veränderbarkeit am besten beschreiben.

Mindestens fünf "Kausalmechanismen" hält Klaus Dörre für wichtig (siehe erste von neun Thesen in: Neun Thesen aus dem PKJ, a.a.O., S.42):

- 1.) primäre Ausbeutung (nach Marx: Ausbeutung durch Aneignung des Mehrwertes, eines Wertes also, den der Arbeiter schafft, den die Kapitalistenklasse aber nicht vergütet, sondern sich aneignet) ,
- 2.) aus außerökonomischem Zwang und bürokratischer Kontrollmacht resultierende sekundäre ("Über"-)Ausbeutung,
- 3.) sozialer Ausschluss: soziale Gruppen schotten sich gegeneinander ab, man verkehrt, kommuniziert, feiert fast nur unter Seinesgleichen,
- 4.) Enteignung von Gemeineigentum und öffentlichen Gütern durch Privatisierung,
- 5.) Auf- und Abwertung sozialer Gruppen und Territorien.

Im Kapitalismus wirken stets alle diese Mechanismen, ihre Gewichtung verschiebt sich aber je nach Kräfteverhältnissen, sozialen Konflikten und politischen Blockbildungen.

Nur in einem regulierten Kapitalismus, in dem mobilisierte Lohnarbeiterklassen ihre Macht nutzen, können Überausbeutung, Ausschluss und Abwertung verhindert werden.

Klaus Dörre betont (unter anderem mit Hinweis auf den Bestseller von Didier Eribon "Rückkehr nach Reims"), dass Klassenverhältnisse immer wirken, auch wenn sie im politischen Diskurs keine Rolle spielen und Aktionen gegen soziale Unterdrückung unterbleiben:

Wenn sich beherrschte Klassen nicht kollektiv gegen ihre Beherrschung mobilisieren, wirken Klassenverhältnisse als Konkurrenz mit kollektiver Auf- und Abwertung und mit permanenter Scheidung von Gewinnern und Verlierern. Mit fatalen Folgen für den "Klassenkampf von unten": Die Wut über wachsende Ungleichheiten und Ohnmacht richtet sich dann nicht nur auf die Eliten, auf "die da oben", sondern auch auf Teile der unteren Klasse, auf die, die "noch weiter unten" stehen, z.B. auf Arbeitslose, Flüchtlinge, Migranten, Ausländer, auf die, die vermeintlich(!) die eigene soziale Lage noch weiter verschlechtern.

Wenn sich die gesellschaftliche Linke und die Partei DIE LINKE von der Arbeiterklasse entfernen, entsteht eine Leerstelle, die rechte und rechtsextremistische Organisationen und Parteien begierig füllen, leider derzeit mit Erfolg!

Anmerkung: Dieser Artikel ist sehr theoretisch, aber ich bin überzeugt: Die Problematik hat große politische Bedeutung für die aktuelle praktische Politik der LINKEN!

*Dr. Dorothea Wolff*

**Alle Ausgaben von Der Vogtlandbote Online:**

[www.dielinke-vogtland.de/presse/der-vogtlandbote/](http://www.dielinke-vogtland.de/presse/der-vogtlandbote/)

## RICO GEBHARDT: LANDTAGSWAHL 2019 WIRD ABSTIMMUNG ÜBER DAS KÜNFTIGE ZUSAMMENLEBEN IN SACHSEN SEIN

In Radebeul hat Rico Gebhardt, Spitzenkandidat der Sozialisten zur Landtagswahl, zu den Delegierten gesprochen.

„Die Wahl am 1. September 2019 wird es zeigen. Diese Wahl wird eine Abstimmung über das künftige Zusammenleben im Freistaat Sachsen sein.“, sagte Rico Gebhardt über die anstehende Landtagswahl.

Für seine Partei stellte Gebhardt fest: „Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit, der sozialen Sicherheit und des sozialen Zusammenhaltes. Dafür stehen wir. Schon immer. Und dabei bleibt's.“

Ein zentrales soziales Thema ist nach Gebhardt die Bildungspolitik. „Bildung ist ein Schlüsselthema der sozialen Frage. Die Spaltung der Gesellschaft fängt in der Schule an.“, rief Gebhardt den Delegierten zu. Derzeit sammelt auch DIE LINKE in einem breiten Bündnis Unterschriften für längeres, gemeinsames Lernen. Dafür bedankte sich Gebhardt bei der Basis: „Ich danke allen, die bei jedem Wetter Unterschriften sammeln, damit sich Schulen gegen das 19. und für das 21. Jahrhundert entscheiden können!“, so Rico Gebhardt auf dem Parteitag.

Gebhardt kritisierte zudem die konservative Landesregierung, die mittlerweile länger regiere, als die Mauer Deutschland geteilt hat: „Man hat den Staat von den Menschen entfernt und Schulen, Polizeireviere und Ämter geschlossen.“, so Gebhardt Richtung CDU.

Der SPD in Sachsen und Martin Duldig warf Gebhardt vor, sich in Sachsen wie im Bund „zum Erfüllungsgehilfen der sächsischen CDU“ zu machen.

## KREISTAG BREMST LANDRAT

„Siehst Du den Hut dort auf der Stange...“

An diese Worte des Wilhelm Tell – seinem Sohn zugebracht – musste ich denken. Schillers Schauspiel – Pflichtlektüre zu meiner Schulzeit: Nein, sie hatten ihn eben nicht mehr begrüßt, den verhassten Hut, Symbol despotischer Arroganz vom Land-Vogt (nicht zu verwechseln mit Vogtland), die Schweizer Eidgenossen – im Gegenteil: sich zusammengefunden im Widerstand gegen Despotie und Vorherrschaft (Wir wollen sein ein einig Volk...) – letztendlich denn auch obsiegt.

Wie komme ich drauf? Ach ja! Da hatte doch – das stellte man sich vor – die Mehrheit der Kreisräte dem Herrn Landrat Keil die Gefolgschaft verweigert! Nein eine „Palastrevolution“ war es nicht, aber ebenso wenig ein „Zwergenaufstand“. Eher wohl und erstmals immerhin so eine Art demokratischer Aufbruch – an der Zeit war`s. Hatte selbst gar die SPD (mal abgesehen von ihrem Fraktionsvorsitzenden Lutz Kätzel).

Der ließ, wie stets ... keine Gelegenheit aus, um die Linke zu attackieren. Hatte letztendlich wohl wenig geholfen. Ist es wohl auch eine parlamentarische Unverschämtheit des Landrates, kurz vor der Abstimmung über den Haushaltsplan die Änderungsanträge der Fraktionen mal so als

Tischvorlage darzubieten. „Friss Vogel, oder stirb...“ Nein, sie haben diesmal nicht artig gefressen“ – werden aber ebenso wenig daran sterben, die Kreisräte.

Hut ab vor ihrer Entscheidung! Bleibt nun Zeit, die Pläne des Landrates gründlich zu prüfen – möglichst im Sinne von Berthold Brecht: Legt des Finger auf jeden Posten... „Der starke ist am mächtigsten von allen“, so hatte der Tell zunächst geglaubt, später aber erkennen müssen: Nein die Gemeinsamkeit – selbst der scheinbar Schwachen – macht es aus.

Und so würde ich denn auch lieber Schillers Erkenntnis fragen: „Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, greift er getrosteten Mutes nach den Sternen und holt herunter seine ehernen Rechte“.

Müssen wir doch nicht einmal nach den Sternen greifen, sondern uns unserer demokratischen Rechte bedienen. Gemeinsam, um Schaden abzuwenden – zum gemeinsamen Nutzen!

*Jürgen Böhm*

Der Ausgang der Landtagswahl sei zudem völlig offen, so Gebhardt. „1994 lagen zwischen der CDU und uns 42 Prozent, bei den letzten Wahlen waren es dann nur noch 20 Prozent, und im Moment sind es laut Umfragen rund zehn Prozent.“, sagte der Spitzenkandidat.

Gebhardt ist unlängst in einer erstmals durchgeführten Urabstimmung im Landesverband mit 88,7 % der Stimmen zum Spitzenkandidaten gewählt worden. Er erzielte damit sein persönlich bisher bestes Ergebnis.

Im weiteren Verlauf des Parteitages wird die Partei die Schwerpunkte für die Landtagswahl beschließen. Außerdem werden die Delegierten über ein Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen befinden, mit dem die Partei bezahlbares Wohnen für alle sichern will.~

## KUBA-KONFERENZ DER LINKEN:

"Das sozialistische Kuba vor neuen Herausforderungen"

Kuba feiert 2019 den 60. Jahrestag der Revolution. In all den Jahren hat das Land seinen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus gegen alle Angriffe verteidigt. Kuba gilt seitdem insbesondere für die Länder Lateinamerikas und des Globalen Südens als Beispiel für einen eigenen, souveränen und friedlichen Weg und für große soziale Errungenschaften. Mit unserer Konferenz möchten wir einen Blick auf das heutige Kuba werfen. Dafür haben wir Gäste aus Kuba eingeladen, die mit uns über den gegenwärtigen Prozess der Verfassung sowie über Kubas Stellung in Lateinamerika sprechen werden. Diskutieren möchten wir auch über die Auswirkungen der aktuellen Politik der US-Regierung und über die Rückschläge der lateinamerikanischen Linken. Welche Debatten werden dort geführt, was heißt das für LINKE und Linke in Deutschland und Europa und vor welchen zukünftigen Aufgaben steht die Solidaritätsbewegung?

Wir laden alle Interessierten und Neugierigen sehr herzlich ein.

Veranstalter: DIE LINKE (in Zusammenarbeit mit der AG Cuba Sí und dem Ältestenrat)

26. Januar 2016, 10 - 20 Uhr

ND-Gebäude, Münzenbergsaal

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Unsere Gäste aus Kuba sind:

- Joaquín Bernal Rodríguez, Abgeordneter und Spezialist für Rechtsfragen, Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kuba
- Adalberto Ronda Varona, Direktor des Zentrums für Internationale Politikforschung (Centro de Investigaciones de Política Internacional - CIPI)

Programm

10 Uhr: Begrüßung durch den Botschafter der Republik Kuba Ramon Ignacio Ripoll Diaz und des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE Bernd Riexinger 10.40: Input und Diskussion: Kuba gibt sich eine neue Verfassung 13.30: parallele Workshops: das System der zwei Währungen in Kuba; Kubas Programm "Tarea Vida" gegen den Klimawandel; die extraterritoriale Auswirkungen der US-Blockade. 16.00: Podium: Kuba in Lateinamerika: welche Auswirkungen hat der Rechtsruck in Lateinamerika und wie ist die Linke aufgestellt? 17.30: Abschluss und Ausblick mit kubanischen Gästen, mit Vertreter\*innen des Parteivorstandes, des Ältestenrates und Cuba Sí 18.15: Filmvorführung "Por la vida" (Einsatz kubanischer Ärzt\*innen im Ebolagebiet in Westafrika 2014), Musik und Mojito 20.00: Ende der Konferenz

Es wird eine Übersetzung: spanisch-deutsch /deutsch-spanisch geben

## GEDENKEN AN KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG

**Gastrednerin:**  
**Gesine Löttsch, MdB**

**19.01.2019**

**11:00 Uhr**  
**FALKENSTEIN**  
**CAROLA-PLATZ**

**im Anschluss**

**13:00 Uhr**  
**Lesung**  
**mit Gesine Löttsch**  
**im Hotel Falkenstein**



**Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!**

**Jetzt abonnieren!**

**deutsche Ausgabe  
12 Ausgaben/Jahr  
ab 18 €**

[www.jungewelt.de/granma](http://www.jungewelt.de/granma)

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870 580 003 552 002 390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.12.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.01.2019. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.